Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 164. | Dresden, Dienstag den 19. Juli 1910. | 21. Jahrg.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des Leipziger Parteitags findet der diesjährige Parteitag in **Magdeburg** statt. Auf Grund der §§ 7, 8, 9, 10 und 11 des Organisationsstatuts beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag den 18. September
abends 7 Uhr

nach dem Saale des **Luisenparks** in Magdeburg, **Spielgartenstraße 1**, ein.

An die Punkt 7 Uhr abends erfolgende Eröffnung schließen sich die Konstituierung des Parteitags, die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an.

Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokal statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch, A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: A. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Noske.
4. Wahlrechtsfrage. Berichterstatter: H. Borgmann.
5. Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
6. Genossenschaftsfrage. Berichterstatter: H. Fleißner.
7. Maifeier. Berichterstatter: H. Müller.
8. Internationaler Kongreß in Kopenhagen. Berichterstatter: P. Singer.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig.

Die Anträge müssen spätestens am 22. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im Vorwärts veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im Vorwärts noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Delegierten werden ersucht, von ihrer Delegation dem Parteivorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zugehen können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Franz Klüß, Magdeburg, Große Münzstr. 3.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, versandt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Demokratie und Sozialismus in Australien.

Auf Australien richtet sich gegenwärtig wieder die Aufmerksamkeit der Sozialpolitiker in besonderem Maße. Nicht nur deshalb, weil der Sieg der Arbeiter bei den letzten Wahlen zum Bundesparlament mit einer erheblichen Majorität errungen worden ist, sondern vor allem auch deshalb, weil die Arbeiterpartei in ihrem Wahlprogramm auch für „Staatsmonopole" und für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Denn nun, nachdem die Arbeiter wieder die Zügel der Regierung ergriffen haben, sind diese Forderungen zu Aufgaben geworden für deren Durchführung die Regierung verpflichtet ist. Man kann also erwarten, daß, wenn die Arbeiterpartei längere Zeit an der Regierung bleibt, mit der Verstaatlichung von Industrien in Australien begonnen und die erste Arbeitslosenversicherung großen Stils durchgeführt werden wird.

Warum bisher in Australien von den staatssozialistischen Ideen, die im Programm der australischen Arbeiterpartei zum Ausdruck kommen, noch nichts verwirklicht werden konnte, erklärt Professor Schachner in seinem großen Werk über Australien. Vor allem, sagt er, steht in Australien das Veto der individualistischen Oberhäuser entgegen. „Der sozialistischen Neuordnung muß die volle Entwicklung des Demokratismus vorangehen: In den Besitz der politischen Macht zu kommen, das ist die Voraussetzung für die Durchführung des Parteiprogramms und darum hat das Arbeiterministerium Price damit begonnen, die Axt an das Oberhaus zu setzen und seine Kraft zu schwächen, da das Fällen noch nicht gelingen kann."

In Australien befindet sich die Arbeiterpartei in derselben Lage wie die Liberalen in England: das Oberhaus stemmt sich ihren Bestrebungen entgegen. Nun ist freilich der konservative Widerstand in Australien ein sehr morscher. Das Land hat weder einen Militarismus, noch eine Bureaukratie, und keine Geburts- noch eine Geldaristokratie. Mit den auf tönernen Füßen stehenden Oberhäusern fertig zu werden ist daher in Australien eine leichtere Sache, als etwa der Kampf des englischen Unterhauses mit dem Hause der Lords, von Deutschland ganz selbstverständlich nicht zu reden.

Aber gegenüber rein sozialistischen Forderungen haben auch die Oberhäuser in Australien eine stärkere Stütze im Volke als gegenüber anderen Forderungen, weil es auch in der Arbeiterpartei noch Elemente gibt, die für den Sozialismus noch nicht reif sind und weil die anderen Parteien mit all ihrer Macht den Sozialismus bekämpfen. Die bisherigen Arbeiterministerien waren auch nicht etwa rein sozialistisch. Die Majorität des Ministeriums Daglish in Westaustralien war durch einige Parteilose begründet, das von Price in Südaustralien durch einen fortschrittlichen Bund der Landwirte, die Ministerien Watson und Fisher hatten Parteien zu Verbündeten, die den Antisozialismus bei den Wahlen auf die Fahne geschrieben hatten und Projekten, wie Staatsbank, Verstaatlichung der Tabakindustrie usw., kein Verständnis entgegenbrachten.

Alle diese Ministerien kämpften bereits gegen die Oberhäuser, die ihre Pläne durchkreuzten. Der Premierminister Thomas Price in Südaustralien, der Steinmetz, dann Sekretär der Maurer- und Steinmetzgewerkschaft gewesen war und am 30. Mai des vorigen Jahres gestorben ist, erreichte dabei ein besseres Wahlrecht zum Oberhaus. Price war Sozialist, und Schachner erzählt, der Augenblick sei ihm unvergeßlich, wie der Ministerpräsident Price am 14. Oktober 1906 im Ausstellungspalast vor 10 000 Personen gegen die Besitzenden donnerte und die Masse so begeisterte, daß sich die Arbeitermarseillaise in gewaltiger Tonmacht aus ihren Kehlen löste. Wenn sich die politische Herrschaft der Arbeiter befestigt haben wird, dürfte in ganz Australien der Kampf gegen die Oberhäuser entbrennen und deren Tage gezählt sein. In den Oberhäusern sitzen auch Arbeiter; aber sie sind in der Minorität.

Außer den Oberhäusern steht den Bestrebungen der Arbeiterpartei aber auch noch eine andere Rückständigkeit entgegen. Ueberall ist nämlich noch das Wahlrecht für die Gemeindeparlamente durch einen hohen Zensus beschränkt, der den Arbeitern eine Vertretung in den Stadtparlamenten einfach unmöglich macht. Daß ein solcher Zustand in einem demokratisch so ausgebildeten Land wie Australien möglich ist, erklärt sich aus der bisherigen Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber der Kommunalpolitik. Auch diese hat ihre Erklärung. Der Aufgabenkreis der Gemeinden ist in Australien eng begrenzt. Schulwesen, Armenwesen, Wohnungswesen und anderes mehr unterstehen der Regelung durch den Staat. Und überall beengen Gesetze, Staatsbefugnisse oder ältere Rechte anderer öffentlicher Körperschaften das Eigenleben der Gemeinden. Während aber unter der zentralen staatlichen Verwaltung Schulwesen, Armenwesen, Gesundheitswesen naturgemäß in der Entwicklung gehindert sind, bildet sich auch kein reges Gemeindeleben heraus, und das Interesse für die kommunale Politik wurde nicht wach. Die alten Gemeindewahlrechte blieben deshalb immer bestehen; nur Sidney und Neu-Seeland haben demokratische Wahlrechte für das Gemeindeparlament. Dadurch blieben aber auch die Gemeindeverwaltungen in der Gewalt der Kapitalisten. Nun erst beginnen die Arbeiter überall ein demokratisches Wahlrecht für die Gemeindewahlen und eine Selbstverwaltung der Kommunen und eine Erweiterung deren Aufgaben zu verlangen.

In Australien sind also, trotz des Wahlrechts vom 21. Lebensjahre an für Männer und Frauen zu den Parlamenten, noch große demokratische Reformen durchzuführen, bevor eine Sozialisierung beginnen kann. Die Arbeiter Australiens sind auch nicht Sozialdemokraten in dem Sinne, wie es in Deutschland aufgefaßt wird. William Pember Reeves, der Unterrichts- und Arbeitsminister in Neu-Seeland war und jetzt Generalagent der Kolonie in London ist, erklärte stets, auch in der Kammer, er sei Sozialist, und seine eigenen Maßnahmen nannte er Palliativmittel, die zu keinem vollkommenen Ergebnis führen würden, solange die Menschheit nicht auf ihr derzeitiges System der Hervorbringung und des Austausches von Gütern verzichtet hätte. Auf die Frage, warum er als Minister nichts für die Verstaatlichung der Betriebe getan, sagte er zu André Siegfried *:

„Ich erkläre mich selbst für einen Sozialisten ... in dem Sinne, daß ich mit Freuden jede Vergrößerung der Befugnisse des Staates begrüße und ein tiefeingewurzeltes Mißtrauen gegenüber den Finanzleuten und Kapitalisten hege. Aber verstehen Sie wohl, daß mein Sozialismus auf die Erfahrung gegründet und praktisch ist. Niemals habe ich etwas um ... der Anwendung eines Prinzips getan, wenn ich nicht zu gleicher Zeit einen wirklichen und unmittelbaren Vorteil sah, der sich daraus ergeben könnte ... Wenn ich niemals versuchte, eine Industrie zu verstaatlichen, so geschah das ..., weil ich den richtigen Augenblick für diese Art von Reformen noch nicht für gekommen hielt."

So denken die Sozialisten in Australien wohl allgemein. Ihre Anschauung deckt sich im wesentlichen mit denen der Fabier in England. Aber im Kampf mit den Kapitalisten und gegen die Ausbeutung werden sie ganz natürlich auf sozialistische Bahnen gedrängt, auf denen sich Australiens fernere Entwicklung bewegen wird, wenn die Arbeiter an der politischen Macht bleiben und diese befestigen.

* Siehe Band III der Modernen Wirtschaftsprobleme. Berlin 1909.

Rechts schwenkt marsch marsch!

Das nationalliberale Elend macht den nationalliberalen „Theoretikern" Kummer und bange Stunden. Sie suchen und drängen nach „klaren Bahnen"; aber das Resultat solcher ungewohnten nationalliberalen Denkübungen verrät nur immer deutlicher die Zerrüttung und die einer völligen Anarchie gleichkommende Zersetzung jener Partei. Es handelt sich nicht nur um eine Spaltung in zwei Richtungen, von denen die eine mit vollen Segeln nach rechts strebt, während sich die andere noch etliche Spuren von Mißtrauen gegen eine Verbindung mit der unverfälschten und rücksichtslosen Reaktion gerettet hat, sondern auch innerhalb der „Richtungen" beobachtet man wüste Zerfahrenheit und Ratlosigkeiten in Fülle, so daß fast gesagt werden kann: Wo drei Nationalliberale im Herrn beieinander sind, findet man vier verschiedene nationalliberale Meinungen.

Die Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz will sich das Verdienst erwerben, ihren Parteibrüdern „klare Bahn" zu zeigen. Sie gibt dem Professor Moldenhauer das Wort, der sich nach einer Aeußerung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung bemüht, „für die nationalliberale Partei gegen links hin eine scharfe Grenze zu ziehen". Diese Liebesmühe findet selbstverständlich den uneingeschränkten und lebhaften Beifall des Blattes, das sich die Sorge um die großkapitalistischen Interessen der Kohlen- und Eisenbarone im rheinisch-westfälischen Industriegebiete zur Lebensaufgabe gemacht hat.

Moldenhauer findet es allerdings nicht schön und sogar „töricht", daß sich die Konservativen dem Zentrum verbündet haben und sich von den Agrariern völlig beherrschen lassen; aber er tadelt es mit nationalliberaler Würde, daß man wegen jener Brüderschaft den Versuch macht, „die nationalliberale Partei aus der ihr allein zukommenden, durch ihre Entstehung, ihr Programm und ihre ruhmvolle Geschichte zugewiesenen und bewährten Stellung einer bürgerlichen, alle Kreise und Stände des Volks in sich schließenden Mittelpartei ganz nach links hinüberzuziehen oder, wenn irgend möglich, mit der Fortschrittlichen Volkspartei zu vereinigen."

Moldenhauer ist ein Nationalliberaler, der den Mut hat, die Geschichte seiner Partei ruhmvoll zu nennen ...

Er betrachtet die Fortschrittliche Volkspartei mit grimmigem Mißtrauen, nennt die Bezeichnung Gesamtliberalismus ein schönes Schlagwort und spricht von den „grundsätzlich trennenden Momenten" im Liberalismus. Mehr Sorge aber empfindet der Herr Professor, wenn seine Gedanken auf die Sozialdemokratie stoßen. Er ist ihr Todfeind, weil er in ihr die Verkörperung alles Uebels sieht: „Die nationalliberale Partei gibt sich selbst auf, wenn sie grundsätzlich dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zustimmt." Er ist so gütig, Ausnahmen von seiner nationalliberalen Grundsätzlichkeit zuzulassen: „Daß es in einem Einzelfalle, um im Rheinlande die Macht des Zentrums zu brechen, bei einer Stichwahl zu einem augenblicklichen taktischen Zusammenstimmen kommen kann, will ich nicht abstreiten. Aber auch in einem solchen Falle darf nicht die Leidenschaft des Kampfes bestimmen, sondern die ruhige Erwägung, ob nicht dadurch schließlich mehr nationalliberale Wähler auch später veranlaßt werden, den sozialdemokratischen Locktönen zu folgen, als der Partei lieb sein kann, und ob nicht — und das muß nicht minder stark betont werden — die mehr rechtsstehenden Elemente verloren gehen."

Die Angst vor der Sozialdemokratie erreicht in diesem köstlich naiven Zugeständnisse der völligen Zerfahrenheit im nationalliberalen Lager ihren Höhepunkt ...

Moldenhauer kommt dann zu dem Schlusse, die „klare Bahn", die den Nationalliberalismus allein zum Heil führen könne, sei: Vermittlung des Liberalismus und des Konservativismus. Das heißt mit andern Worten, es soll mit nationalliberaler Gründlichkeit das berüchtigte Drehscheibenspiel weiter betrieben werden, wobei man sich ängstlich zu hüten habe, den Richtungszeiger besagter Drehscheibe nicht etwa allzuweit nach links ausschlagen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß nach dem Kommando „Rechts schwenkt marsch marsch" manövriert werde. In Summa: „Kein Aufgeben der alten, bewährten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100719/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG